

Schweizerische Bundeskanzlei
Sektion Politische Rechte
Bundeshaus West
3003 Bern

28. Mai 2013

**Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur eingangs erwähnten Vorlage. Die EVP anerkennt den Handlungsbedarf in den meisten Bereichen und unterstützt die vorgeschlagenen Änderungen des Gesetzes über die politischen Rechte mehrheitlich. Grosse Vorbehalte hegt sie bezüglich der Vorverlegung der Wahlanmeldefrist und der Neuregelung der Stimmrechtsbescheinigung bei Volksbegehren. In weiteren Bereichen macht die EVP zusätzlichen Revisionsbedarf aus.

1. Grundsätzliche Bemerkungen zur vorgeschlagenen Revision

1.1. Vorverlegung der Wahlanmeldefrist

Die EVP anerkennt die mit einer Vorverlegung der Wahlanmeldefrist verbundenen Vorteile (Auslandsschweizer können an den Wahlen teilnehmen, Stimmberechtigte erhalten die Wahlunterlagen zur gleichen Zeit wie bei Abstimmungen, Entschärfung des Zusammenfallens von Wahltermin und Herbstferien). Eine Umfrage bei den Kantonalparteien der EVP hat jedoch ergeben, dass eine Vorverlegung für einzelne Kantone äusserst problematisch ist. So finden im Kanton Zürich jeweils im April die kantonalen Wahlen statt. Nach einer kurzen Erholungsphase beschliessen die Wahlkreise aufgrund der kantonalen Ergebnisse die Nominierungen für die Nationalratsliste, welche von der Kantonalpartei zusammengestellt wird und von den Delegierten erst nach den Sommerferien verabschiedet werden kann. Es liegt auf der Hand, dass dieser schon heute gedrängte Zeitplan äusserst empfindlich auf weitere Verkürzungen reagiert. Die EVP wird der Vorverlegung der Wahlanmeldefrist nur dann zustimmen können, wenn den Parteien im Gegenzug **erhebliche administrative Erleichterungen gewährt werden** (insbesondere Verzicht auf Unterschriftenquorum für im Parteienregister eingetragene Parteien auch bei der Einreichung mehrerer Listen in einem Kanton). Zweitens ist zu prüfen, ob die Wahlanmeldefrist zwingend auf Ende August verlegt werden muss oder ein Termin anfangs September nicht ebenfalls ausreichen würde.

1.2. Stimmrechtsbescheinigungen bei Volksbegehren

Die vorgeschlagene Neuregelung wird in dieser Form von der EVP nicht unterstützt. Sie bedeutet de facto eine Verkürzung der Sammelzeit um einen Fünftel (Referendum) bzw. fast einen Drittel (Volksinitiative). Aus der Verpflichtung, alle Unterschriften zu beglaubigen, die bis zum 80. Tag bzw. dem 14. Monat bei den Gemeinden eintreffen, folgt direkt der Umkehrschluss, dass dies für die Unterschriften in den letzten 20 Tagen bzw. 5 Monaten nicht mehr gilt. Die Gemeinden könnten die Beglaubigung jederzeit mit dem Verweis auf fehlende Ressourcen verweigern. Die EVP verschliesst sich der Diskussion über die sinnvolle Nutzung der Volksrechte nicht, lehnt jedoch eine solche Verkürzung der Sammelfristen durch die Hintertür entschieden ab.

2. Zusätzlicher Revisionsbedarf

2.1. Erfolgswertneutrales Wahlverfahren

Die EVP fordert mit Nachdruck den Wechsel zu einem Wahlsystem mit möglichst geringen Verzerrungswirkungen. Das Prinzip „Ein Mensch – eine Stimme“ ist grundlegend für das Vertrauen in die direkte Demokratie und den Rechtsstaat. Wer bei den Nationalratswahlen ein halbes Prozent der Stimmen auf seiner Liste vereinigt, soll einen Sitz im Nationalrat erhalten. Die EVP anerkennt die Notwendigkeit, die laufende Revision noch vor den Wahlen 2015 abschliessen zu können und den Wunsch, sie deshalb nicht zu überladen. Umso wichtiger ist es jedoch, dass Vorarbeiten für die Einführung des doppelten Pukelsheims ohne neue Wahlhürden auf Bundesebene jetzt an die Hand genommen werden. Die EVP teilt die Einschätzung im erläuternden Bericht nicht, dass ein neues Wahlsystem zuerst in den Kantonen breiter Fuss fassen müsste. Gerade weil sich die grossen Parteien in den Kantonen mit dem Wechsel zu einem gerechteren Wahlsystem so schwer tun, ist es umso wichtiger, dass der Bund eine Vorreiterrolle übernimmt. Heute sind sowohl die mathematischen Grundlagen wie die nötigen EDV-Mittel vorhanden, um eine Wahl mit einem erfolgswertneutraleren Wahlsystem durchzuführen. Es geht nicht an, kleinen Gruppierungen wissentlich und willentlich noch länger eine gerechte Vertretung im zu wählenden Parlament zu verwehren. Die Schweiz rühmt sich gerne als Hort und Wiege der direkten Demokratie. Sie soll diesen Sonntagsreden auch Taten folgen lassen. Die EVP verurteilt die oft rein macht- und parteipolitisch motivierte Verweigerungshaltung gegenüber gerechteren Wahlsystemen aufs Schärfste.

2.2. Parteienregister

Mitgliederbeiträge und Zuwendungen an politische Parteien sind gemäss Steuerharmonisierungsgesetz abzugsfähig, sofern die Partei gewisse Bedingungen erfüllt. Eine davon ist ein Eintrag im Parteienregister des Bundes. Vereinzelte Steuerämter haben Spenden an die Jungpartei *jevp die Abzugsfähigkeit verwehrt, weil diese nicht im Parteienregister eingetragen sei. Dies obwohl die *jevp gemäss Statuten der EVP Schweiz Mitglied der EVP Schweiz ist und innerhalb der Partei den Status einer Kantonalpartei genießt. Dies ist stossend. Die EVP schlägt deshalb eine Ergänzung von Art. 76a des Bundesgesetzes über die politischen Rechte vor, wonach der Eintrag im Parteienregister für eintragungsberechtigte Parteien auch deren Jungparteien umfasst.

Art. 76a Parteienregister

1bis (neu) Der Eintrag im Parteienregister umfasst auch die betreffende Jungpartei.
(Rest unverändert)

2.3. Einfachere Regeln für Unterschriftensammlungen

Die heutigen Regeln für Unterschriftensammlungen sind unnötig kompliziert und sorgen immer wieder für Verwirrung. So ist aktuell im Gesetz bloss festgehalten, dass der Name und die Unterschrift handschriftlich bzw. eigenhändig auf die Unterschriftenliste zu setzen seien. Dennoch gibt es immer wieder Gemeinden, die beispielsweise Gänsefüsschen im Bereich der Adresse als unzulässig taxieren. Dafür existiert keine Rechtsgrundlage. Schliesslich wären vor allem ältere Leute auf der Strasse oft froh, die Angaben zur Person nicht eigenhändig ausfüllen zu müssen (Brille in Tasche, etc.), während sie die eigentliche Unterschrift auch mit verminderter Sehkraft zu setzen imstande wären. Die EVP schlägt deshalb vor, auf die Bestimmung, wonach der Name handschriftlich auf die Liste gesetzt werden müsse, zu verzichten, auch die Verordnung anzupassen (Streichung des Ablehnungsgrundes „von gleicher Hand“) und die Gemeinden entsprechend zu instruieren.

Art. 61 Unterschrift

- 1 Der Stimmberechtigte muss seine Unterschrift eigenhändig auf die Unterschriftenliste setzen.
- ODER
- 1 Der Stimmberechtigte muss die Unterschriftenliste eigenhändig unterschreiben. Name, Adresse und Geburtsdatum dürfen von Unterschriftensammelnden eingetragen werden.

2.4. Beglaubigung

Bereits gemäss heutiger Regelung sind die Gemeinden dazu angehalten, Unterschriften als gültig zu beglaubigen, wenn der Unterzeichner am Tag, an dem die Unterschriftenliste zur Bescheinigung eingereicht wird, im Stimmregister eingetragen ist (Art. 19, Abs 1 VPR). Angesichts der Tatsache, dass die grossen Städte oft mehrere Monate für die Beglaubigung benötigen und das Initiativkomitee keinerlei Handhabe zur Überprüfung hat, inwiefern diese Bestimmung eingehalten wird, ist die Bestimmung aus der Verordnung zumindest auf Gesetzesstufe zu erheben.

Art. 62 Stimmrechtsbescheinigung

- 2 Die Amtsstelle bescheinigt, dass die Unterzeichner in der auf der Unterschriftenliste bezeichneten Gemeinde **am Tag, an dem die Unterschriftenlisten zur Bescheinigung eingereicht wurden**, in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Sie gibt die Listen unverzüglich den Absendern zurück.

3. Bemerkungen zu den einzelnen Artikeln

Art. 13 Abs. 3 Nachzählung bei sehr knappen Ergebnissen

Die EVP ist mit der vorgeschlagenen Präzisierung einverstanden. Nachzählungen sollen nur angeordnet werden können, wenn Hinweise auf Unregelmässigkeiten bestehen und nicht bloss weil das Wahlergebnat knapp ist.

Art. 21 Abs. 1 Nationalratswahlen. Einreichung der Wahlvorschläge

Siehe Vorbehalte unter 1.1. Nur wenn die Erleichterungen in Art. 24 vollumfänglich gewährt werden können. Weiter stellt sich die Frage, ob nicht bereits im Bundesrecht der letzte Montag im August (oder der erste Montag im September) als Termin für den Wahlanmeldeschluss festgelegt werden soll.

Art. 22 Abs. 2-4 Nationalratswahlen. Präzisierung der Kandidierendenangaben

Die EVP anerkennt die Notwendigkeit neuer Instrumente zur Verhinderung von Doppelkandidaturen. Zusätzliche Angaben der Kandidierenden sind das einfachste Mittel dazu. Entsprechend sieht die EVP keine Probleme darin, dass die Kandidierenden künftig beim Wohn- und Heimatort auch die Postleitzahl angeben müssen. Auch mit der Ermächtigung zur Einholung einer auf der Basis der AHVN13 im Einwegverfahren errechneten und nicht zurückrechenbaren Nummer zur eindeutigen Identifizierung der Kandidierenden ist die EVP einverstanden. Hier stellen sich höchstens Fragen zum Verfahren. Ist es dem Kanton möglich, für alle Kandidierenden zweifelsfrei die richtige AHVN13-Nummer zu eruieren? Wo wird die Nummer gehasht? Beim Bund oder bereits beim Kanton? Was ist mit den Kandidierenden die (noch) keine AHVN13 haben (junge Listen)?

Art. 24 Abs. 3 Bst. b Administrative Erleichterung für Parteien

Diese Neuerung ist für die EVP absolut zentral. Sie kann der Vorverlegung der Wahlanmeldefrist in Art. 21 Abs. 1 nur zustimmen, wenn im Gegenzug auf das Unterschriftenquorum auch dann verzichtet wird, wenn eine im Parteienregister eingetragene Partei in einem Kanton mehrere Listen einreicht. Die EVP geht davon aus, dass die Erleichterung sowohl für die Hauptliste einer Partei wie auch für die mit ihr unterverbundenen Listen beispielsweise einer Jungpartei gilt. Weiter soll neben Buchstabe .b auch Buchstabe .c aufgehoben werden. Ein Sitz im Nationalrat und damit der Eintrag im Parteienregister müssen für die Befreiung vom Unterschriftenquorum ausreichen. Es ist nicht nötig, die Voraussetzungen für eine Befreiung mit Buchstabe .c weiter zu erschweren.

Art. 29 Abs. 4, 32a, 36 und 38 Abs. 2 Sanktionierung von Mehrfachkandidaturen

Die EVP unterstützt die vorgeschlagene Neuregelung sofern diese für die Auszählenden keinen erheblichen Mehraufwand mit sich bringt.

Art. 47 Abs. 1bis Nationalratswahlen. Meldung von Kandidaturen in Majorzkantonen

Die EVP unterstützt die vorgeschlagene Neuregelung, welche den Auslandschweizerinnen und -schweizern eine sinnvolle Wahlteilnahme überhaupt erst ermöglicht.


Art. 62 Abs. 1 und 2, Art. 70 Abs. 2 Stimmrechtsbescheinigungen

Siehe Vorbehalte unter 1.2. Wird in dieser Form von der EVP abgelehnt.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident

Heiner Studer



Generalsekretär

Joel Blunier